



Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nachrichten

NÜRNBERG - Aktuelles aus Stadt und Rathaus - Ausgabe 39
Nr. 2/2012 - BIA-Nachrichten - Das deutsche Stadtblatt - für Volk und Heimat
Weltnetz: www.auslaenderstopp.de ePost: info@auslaenderstopp.de Fax/Ruf: 09 11/64 61 76

Die Kumpanei der selbsternannten „Demokraten“

In der 2. Vollversammlung des Nürnberger Stadtrates 2012 war es soweit. Man konnte endlich das "nachhaken", was in München mit der Verbotsforderung für die dortige BIA vorgemacht wurde. Und an diesem Tag fand nicht nur eine routinemäßige Sitzung des Nürnberger Stadtrates statt, sondern diese fiel auch auf den Geburtstag des Altstadtrates und Chefs der "Israelitischen Kultusgemeinde" Arno Hamburger. Anlässlich seines 89. Geburtstags überlies man ihn dann auch alleine die Begründung eines "Gemeinsamen Antrages aller demokratischen Mitglieder des Nürnberger Stadtrates" mit der Forderung auf Verbot der NPD und BIA. Seine Ausführungen erwiesen sich allerdings als wenig sachdienlich. Auf die Nachfrage von Ralf Ollert, wer das eigentlich bestimme, wer "Demokrat" sei, antwortete OB Maly "die Antragsteller". Jetzt wissen wir hierüber wenigstens Bescheid.

Und so machten alle Parteien und Gruppen im Stadtrat mit, um über ein Verbot den Ausschluss der beiden demokratisch von den Nürnberger Bürgern gewählten BIA-Vertreter Sebastian Schmaus und Ralf Ollert zu erreichen. Mit 3,3 % der Wählerstimmen bei der letzten Kommunalwahl hatte die überparteiliche Wählergruppe "Bürgerinitiative Ausländerstopp" immerhin mehr Stimmen bekommen wie die



Foto: Stadtrat Ralf Ollert (BIA)

Freien Wähler und die FDP. Dabei natürlich auch die LINKEN in trauter Eintracht mit der CSU und anderen sogenannten "Bürgerlichen", die ihre einstigen Prinzipien und konservativen Werte längst abgelegt, man könnte auch sagen verraten haben. Mit nicht ganz 10 Zeilen ist dann auch die schriftliche Begründung des Antrages recht mager ausgefallen, aber was sollten sie auch schreiben, gibt es doch keinen vernünftigen Grund für ein Verbot der NPD und schon gleich gar nicht der rein lokalen Wählergruppe BIA. Als einziges Argument werden da Verbindungen zum "NSU" und den sogenannten "Döner-Morden" hergestellt, die in Wirklichkeit gar nicht existieren. BIA-Sprecher Ralf Ollert erklärte dazu auch eindeutig, dass man diese Mordtaten auf das Schärfste verurteile und volle

Aufklärung verlange, auch über die Rolle des Verfassungsschutzes und ggf. noch anderer Geheimdienste. Noch liegt vieles "im Dunkeln". Er verwahrte sich dagegen, dass diese Verbrechen für parteipolitische Ziele missbraucht werden, konkret zur Bekämpfung der Nationalen Opposition in Deutschland. Dagegen war zum Beispiel, so führte er aus, keine Empörung im Nürnberger Stadtrat zu vernehmen, als am vorjährigen Ostersonntag die Lottoladen-Besitzerin Frieda Hoose von einem Asylbewerber umgebracht wurde, der seit ca. 9 Jahren bereits mit diesem Status hier lebte. Da hat man einen Antrag der BIA zur Offenlegung der Hintergründe und welche Konsequenzen man daraus ziehen sollte in einen Ausschuss verwiesen und "abgebügelt", in nicht-öffentlicher Sitzung. Dagegen werden national denkende Bürger, die sich für Si-

cherheit durch Recht und Ordnung einsetzen, geradezu mit krankhaftem Eifer verfolgt, diskriminiert und kriminalisiert.

Um zu zeigen, wo die wirklichen Gefahren sind, hatte die BIA zur Sitzung auch einen Antrag eingebracht, die Linkspartei zu durchleuchten, auf ihre Grundgesetztreue und ob es Verbindungen zu gewalttätigen Linksradikalen gibt. Hintergrund sind die sprunghaft angestiegenen Gewalttaten durch dieses Klientel, welches neben Sachbeschädigungen auch vor Körperverletzung gegen Polizisten und Andersdenkende oft-tenkundig nicht zurückschreckt. Nach dem Motto "Jeder blamiert sich so gut er kann" hat selbst die CSU diesen unseren Antrag dann abgelehnt, während der CSU-Generalsekretär Dobrindt noch darüber hinausgehend ein Verbot der Linkspartei erst kürzlich öffentlich forderte.

Aber der Zweck heiligt eben die Mittel und dieser soll nun einmal die Ausschaltung der "einzigsten ernsthaften Opposition" im Nürnberger Rathaus sein, wie dies BIA-Stadtrat Sebastian Schmaus in seinem Wortbeitrag feststellte. Beide BIA-Vertreter äußerten jedoch auch ihre Überzeugung, dass ein eventuelles Verbotsverfahren nicht zum Erfolg führen kann und kündigten an, sich unbeirrt für die Interessen der deutschen Bürger weiterhin mit aller Kraft einzusetzen.

Eine Lachnummer: Die CSU-Stadtratsfraktion in Nürnberg

Ganz und gar lächerlich machte sich in der Diskussion um ein BIA-Verbot, passend zur damaligen Faschingszeit, die Nürnberger CSU-Stadtratsfraktion:

Nachdem sie einen gemeinsamen Eilantrag für das Verbot der NPD und BIA für die nächste Stadtratssitzung zuerst überraschend nicht unterschrieb und angeblich eine Sekretärin sogar den Namen ihres Fraktionsvorsitzenden mit einer Schere aus dem Dokument wieder herauschnitt, weil auch die "Linke Liste" mit unterzeichnet hat, machten die Schwarzen dann die "Rolle rückwärts" und der CSU-Fraktionschef Sebastian Brehm setzte seine begehrte Unterschrift doch noch unter das Pamphlet. Entscheidend für den Stimmungsumschwung war wohl ein intensives Gespräch

gänzlich ungeeignet ist. Sie taugt damit für das Gesamtbild der CSU, die auch bundespolitisch oft genug als "bayerischer Löwe" vollmundig in München los springt, um als "Bettvorleger" in Berlin zu landen und regelmäßig "einknickt", wie auch ganz aktuell bei den Risiken für den "Euro-Rettungsschirm", wo man erst vollmundig ein "hier und nicht weiter" propagierte und nunmehr den Forderungen nach Aufstockung bereitwillig nachkam.

In einem e-mail-Brief an alle Stadträte hat der BIA-Gruppensprecher, Stadtrat Ralf Ollert, den Kolleginnen und Kollegen im Nürnberger Stadtrat jetzt bescheinigt, zwar das Recht der Antragstellung für das gewünschte Verbot zu haben, dieser Antrag aber frei von sachlicher Kompetenz und juristischem Sachverstand ist.

direkten Zusammenhang verneint hat und erklärte: "Es ist nach unseren Erkenntnissen nicht so, dass der "Nationalsozialistische Untergrund" der militante Arm der NPD wäre." Für die Nürnberger BIA können solche Behauptungen sowieso nicht gelten, da wir uns als rein lokale Wählergruppe verstehen, die sich für ein wohnliches Nürnberg mit deutschem Charakter einsetzt und selbstverständlich Gewalt zur

Durchsetzung politischer Ziele absolut ablehnt. Es wäre deshalb angemessener für den Nürnberger Stadtrat, eine lückenlose Aufklärung der Mordserie zu fordern, insbesondere auch über die Rolle des Verfassungsschutzes und anderer staatlicher Organe in dieser Sache, als Vorverurteilungen mit Mutmaßungen zu treffen.

Ralf Ollert, StR
BIA-Gruppensprecher

Rechtsstaat wird ausgehöhlt: Kneipen sterben

Die Wirtin schenkt ihr letztes Bier aus. Ab morgen bleibt der Zapfhahn zu: In diesem Frühjahr mußte eine traditionsreiche Eckkneipe* in der Nürnberger Südstadt aufgeben, mangels Kundschaft. Wo früher an jedem Wochenende der Bär tobte, blieben zuletzt sogar an Fasching die Gäste aus. An der großen Theke hat die Wirtin Zeit für langes Gespräch mit mir - nur gibt es nicht mehr viel zu reden. **„Wir halten uns an das Gesetz, daher müssen wir schließen.“** Zwei anderen Kneipen in der Südstadt gehe es allein in diesem Monat genauso, fügt sie noch hinzu. Worum geht es?

Gaststättenerlaubnis entzogen. Durch das Vorgehen des Ordnungsamtes entstehe keine Wettbewerbsungleichheit, meint die Stadtverwaltung. Nicht das Vorgehen, wohl aber das Unterlassen regelmäßiger und ausreichend häufiger Kontrollen höhlt den Rechtsstaat aus und belohnt diejenigen, die nach dem Motto handeln: „Das Gesetz ist uns egal, man darf sich nur nicht erwischen lassen.“

Ob man in Kneipen rauchen dürfen soll oder nicht - darum haben wir ja in Bayern in demokratisch vorbildlicher Weise gestritten, sogar mit einer richtigen Volksabstimmung.

Es ist die Pflicht der Stadtverwaltung, dafür zu sorgen, daß Gesetze auch eingehalten werden. Ansonsten ist das ein Ausdruck der Mißachtung des Volkes als Souverän, und außerdem eine Mißachtung des rechtsstaatlichen Prinzips.

Oder sollen sich die Wirte am Ende gegenseitig beargwöhnen und denunzieren? Das will natürlich keiner, aber das Mißtrauen unter den Kollegen hat bereits zugenommen. Vielen Eckkneipen in Franken breitet das „Schwarzrauchen“ in Konkurrenzbetrieben existentielle Probleme. Aber auch hier meint die Nürnberger Stadtverwaltung es sei alles in bester Ordnung.

*) Der Name ist der Redaktion bekannt.



mit dem israelischen Kultusgemeinden-Chef Arno Hamburger, der für einen "demokratischen Meinungsaustausch" bei der CSU sorgte. Die Nürnberger Schwarzenriege erwies sich somit wieder einmal als politisches Leichtgewicht, das für eine echte Opposition im Stadtrat

Um überhaupt Argumente zu haben, versucht man eine Verbindung zu "rechtsterroristischen Kreisen" zu konstruieren und steht somit im krassen Gegensatz zum Generalbundesanwalt Harald Range, der erst kürzlich in einem Interview mit dem Fernsehsender Phönix einen

Erscheinungsvermerk
Anschrift Herausgeber
und Verlag:

Ralf Ollert
Postfach 61 02 41
90222 Nürnberg

Satz und Druck: E.i.S.

Nächste Ausgabe: bis zum 30.07.2012

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg

Ruf/Ferndruck: 09 11 / 64 61 76 // ePost: ollert@imail.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.

Zahl der Asylanten steigt wieder!

Neue Unterkünfte in Nürnberg geplant

In der Zeit von Januar bis November 2011 haben insgesamt 41 491 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr (37 448 Personen) bedeutet dies eine Erhöhung um 4043 Personen (10,8 %). Die Hauptherkunftsländer waren im Jahr 2011 Afghanistan, Irak, Serbien, Iran, Syrien, Pakistan, Russische Föderation, Türkei, Kosovo und Mazedonien.

Mit dem Grundgesetzartikel 16a ermöglicht Deutschland – weltweit einzigartig – einen gesetzlich einklagbaren Asylanspruch von Verfassungsrang und laut UNHCR-Studie rückte Deutschland von Platz fünf auf Platz drei zu einem der weltweit begehrtesten Asylbewerberländer auf. Dies schlägt sich in einem Zuwachs der Asylanträge nieder, womit der höchste Wert seit 2003 erreicht wurde.

In Bayern wurden davon in 2010 gerade einmal 0,5% und in 2009 sogar nur 0,3% der Asylbewerber überhaupt als Asylberechtigte anerkannt! Dominierende 56,6% der Asylbewerber stammen zudem aus uns kulturell fremden Ländern und dürften kaum zu integrieren sein.

Für den Freistaat Bayern steht seitens der Staatsregierung bezüglich seiner Asylpolitik aktuell eine Novellierung des Aufnahmegesetzes an, dessen Entwurf im Maximilianeum am 13. Dezember vergangenen Jahres seine „Erste Lesung“ durchlief, welche in ihrem Verlauf kei-

nen Zweifel an der Verabschiedung in der den Ausschussberatungen noch folgenden „Zweiten Lesung“ ließ. Jedoch geht es dabei keineswegs um die Rückführung der über 99% nicht Asylberechtigten, wie man vermuten möchte! Durch die Oppositionsparteien Grüne, SPD und Freie Wähler wurde mit tatkräftiger Unterstützung der FDP im Regierungskabinett nun die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften „sturmreif geschossen“. Mit dem aktuellen Gesetzentwurf verantwortet CSU-Sozialministerin Haderthauer eine ganze Reihe von Regelausgangsgründen aus den Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmelagern in Privatwohnungen, sowie auch künftig über Einzelfallprüfungen die Auszugsmöglichkeiten ausgeweitet werden sollen. Dies gipfelt darin, dass gemäß Absatz 5 des Entwurfes selbst Bewerber, die hinsichtlich ihrer Identität getäuscht haben oder sogar Straftäter sind, solchen Einzelfallprüfungen zugänglich sein sollen. Um sicherzustellen, dass von den liberalisierten Asylregelungen auch reger Gebrauch gemacht werden kann, ist die Aufstockung der Haushaltsmittel von bislang 1 Million Euro, allein für die Asylsozialberatung, um weitere 400.000,- Euro vorgesehen. Der Gesetzentwurf selbst prognostiziert unter Abschnitt „D Kosten“ in wage gehaltenen Kalkulationsansätzen für die Jahre 2012 / 2013 finanzielle Mehrbelastungen durch die Novellierung von zusam-

Stadtratssitzungen 2012:

Jeweils Mittwochs um 15 Uhr:
18.April, 23.Mai, 27.Juni, 25.Juli, 26.September,
24.Oktober, 12.Dezember.

Die Haushaltsberatungen finden am
Donnerstag, den 22.November, ab 9 Uhr, statt.

Besuchen auch Sie die öffentlichen Sitzungen
des Nürnberger Stadtrates im Rathaus am
Fünferplatz 2.

mengerechnet maximal bis zu über 2 Mio. Euro, wobei die Belastungen der Kommunen noch unbeziffert blieben.

Nicht zuletzt deshalb, weil bereits heute – noch vor in Kraft treten dieses neuen Gesetzes – bereits um die 50% derjenigen Asylbewerber, die keinen Schutzgrund zugesprochen bekamen, nicht in Asylbewerberheimen, sondern in Privatwohnungen leben, dürfte CSU-Ministerin Haderthauer Möglichkeiten eröffnet und die Bezirksregierungen angewiesen haben, selbst Wohnungen anzumieten. Bleibt abzuwarten, inwiefern aufgrund dieser Politik künftig deutsche Familien im Freistaat bei ihrer Wohnungssuche auf der Warteliste geparkt werden, um Asylbewerbern mit fragwürdigem Asylanspruch die deutsche „Willkommenskultur“ zu demonstrieren? Bei so viel „Willkommenskultur“ darf man natürlich nicht erwarten, dass einer steuermittelfinanzierten Versorgung mit Essenpaketen und/oder Essens- bzw. Kleidermarken eine überbordende „Willkommensdankbarkeit“ entgegenschlägt, weshalb die CSU-Ministerin Haderthauer - nach eigenen Worten im Wissen um die Auslegungsfähigkeit des sog. Sachleistungsprinzips – es begrüßt, wenn über 9000 vor allem abgelehnte Asylbewerber in Bayern in Privatwohnungen leben und Bargeld erhalten.

Die Stadt Nürnberg muss nach dem gültigen Verteilungsschlüssel 33,2 % der dem Regierungsbezirk Mittelfranken zugeteilten Asy-

lantent aufnehmen. In den inzwischen 9 staatlich finanzierten und von der Stadt geförderten Gemeinschaftsunterkünften in Nürnberg, leben 869 Personen, 2010 waren es noch 635 Personen. Eine nicht unerhebliche Zahl weiterer Asylanten hält sich außerhalb dieser Gemeinschaftsunterkünfte auf, in privaten Wohnungen. Interessanter Weise gibt es über die genaue Anzahl dieser Personen keine offiziellen Angaben. Wahrscheinlich wissen es die Behörden selbst nicht mehr genau!

In Planung sind für Nürnberg neue Unterkünfte in der Kohlenhofstrasse und in der Pillenreuther Strasse, um die wachsende Zahl der Ankommenden aufzufangen und unterzubringen.

Zu verantworten haben das die herrschenden Parteien, das Asylbewerberleistungsgesetz ermöglicht dies und die Steuerzahler bezahlen das Ganze! Bleibt zu fragen, inwieweit die christliche Nächstenliebe der C-Parteien bereits zur „Fernstenliebe“ gerät, welche die Forderung nach einer inländerfreundlichen Politik berechtigt – eine Frage, die für Grüne, SPD, Freie Wähler und auch FDP keine ist, weil diese mehr oder weniger sich hier einig sind. Dies zeigen auch immer wieder die Redebeiträge und Abstimmungen im Nürnberger Stadtrat.

Die einzige Opposition ist hier die BIA - die deutsche Kraft im Nürnberger Rathaus!

An unsere Leser:

Möchten Sie die Einladungen und Informationen der BIA-Nachrichten regelmäßig per Post erhalten? Dann lassen Sie sich als Anhänger registrieren und schreiben an:

**Stadtrat Ralf Ollert
Postfach 610241,
90222 Nürnberg**

BIA NÜRNBERG – ...die **deutsche** Kraft im Stadtrat.

Sozial
geht nur
national

www.auslaenderstopp.de



BIA fordert: Gedenktafel für Frieda Hoose

Zur Erinnerung: Am Ostersamstag 2011 wurde die 76-jährige Inhaberin eines Lottogeschäftes in der Rothenburger Strasse in Nürnberg, Frieda Hoose, brutal ermordet. Als "dringend tatverdächtig" wurde ein algerischer Asylbewerber und sein Bruder ermittelt, die sich vor Gericht verantworten müssen.

Die Anfragen der BIA, warum sich das Aufenthaltsverfahren gegen den mutmaßlichen Haupttäter über 10 Jahre hinstreckte und er trotz mehrfacher krimineller Taten nicht ausgewiesen wurde, hatte man in den "nichtöffentlichen" Teil eines Stadtrats-Ausschusses verwiesen und der Öffentlichkeit verschwiegen. Vom Oberbürgermeister und den Politikern der herrschenden Parteien war kaum etwas zu hören.

Nachdem man jetzt den "NSU-Mordopfern", wo die Hintergründe der Taten noch gar nicht vollständig aufgeklärt sind, "Gedenktafeln" aufstellen will und diese Morde zur Agitation gegen die Nationale Opposition, z.B. für eine Verbotsforderung gegen die BIA benutzt, will unsere Wählergruppe nunmehr ein "Zeichen" setzen und fordert stattdessen eine

"Gedenktafel" für die Bürgerin Frieda Hoose, als Zeichen gegen jegliche Gewalt in unserer Stadt. Die Stadträte Sebastian Schmaus und Ralf Ollert stellten deshalb für die Wählergruppe "Bürgerinitiative Ausländerstopp" folgenden

Antrag für den Stadtrat:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, in einer "gemeinsamen

Gedenktafel anzubringen. Die BIA im Nürnberger Stadtrat hat mehrmals erklärt, dass wir diese Verbrechen nicht nur auf das Schärfste verurteilen, sondern weiter umfassende Aufklärung fordern, insbesondere auch über die Rolle staatlicher Organe, wie etwa des "Verfassungsschutzes", im Zusammenhang mit den Gesehnissen.

Ein würdiges Gedenken der Mordopfer ist selbstverständlich. Es ist jedoch nicht

che Gewalt" in unserer Stadt. Wir wehren uns dagegen, dass es offenbar Mordopfer 1. und 2. Klasse gibt. Denn Jahr für Jahr werden in Deutschland Bürger ermordet, auch Deutsche von Ausländern, aus welchen Gründen auch immer, ohne dass dieser Opfer mit entsprechendem Mahnmalen gedacht wird.

Gerade in Nürnberg hatten wir im letzten Jahr einen besonders schwerwiegenden und grausamen Fall von Ausländerkriminalität, als am Ostersamstag früh die Geschäftsinhaberin Frieda Hoose laut Anklage von einem algerischen Asylbewerber und seinem Bruder in ihrem Laden umgebracht wurde. Leider gab es hier im Nürnberger Stadtrat von den Fraktionen keine Betroffenheitsbekundungen in diesem Falle. Ebenso wie in anderen Fällen von Ausländerkriminalität, die laut Sicherheitsbericht 2011 auch in Nürnberg kontinuierlich ansteigt.

Um hier ein Zeichen zu setzen, stellen wir den Antrag:

Errichtung einer "Gedenktafel" für die ermordete Bürgerin Frieda Hoose, mit einer Erklärung der Verurteilung jeglicher Gewaltkriminalität in unserer Stadt, aus welchen Gründen auch immer.

M.f.G.

Ralf Ollert
Gruppensprecher BIA



Foto: BIA-Stadträte Sebastian Schmaus und Ralf Ollert

Erklärung" der sieben von der Mordserie des sogenannten "NSU" betroffenen Städte kündigen Sie an vorzuschlagen, an den Tatorten der drei Nürnberger Opfer

akzeptabel, dass diese zum politischen Kampf gegen die nationale Opposition regelrecht missbraucht werden. Es besteht der begründete Verdacht, dass die geplanten Gedenktafeln mit einer angekündigten "gemeinsamen Erklärung" zur weiteren Stimmungsmache "gegen rechts" instrumentalisiert werden. Glaubwürdig wäre eine solche Geste nur mit einer Erklärung "gegen jegli-

**Schauen Sie öfter mal rein:
www.auslaenderstopp.de**